

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 16. Dezember 2024; Bericht

Am 16. Dezember 2024 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Georgien sowie die Situation im Nahen Osten.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurde von der Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas die aktuelle Situation in Belarus angesprochen.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine informierte der per Video zugeschaltete ukrainische Außenminister Andriy Sybiha über die schwierige militärische Lage und die aktuellen Bedürfnisse der Ukraine. Russland sei weniger stark als weitläufig angenommen und müsse durch Stärke zum Frieden gezwungen werden. Mehr Druck durch Sanktionen und eine Einladung zur NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine seien ebenfalls notwendig. Außerdem wurden Wachsamkeit bei hybriden Bedrohungen, Handeln hinsichtlich der Entwicklungen in Georgien und rasche Fortschritte im Erweiterungsprozess gefordert. HV/VP Kallas führte aus, dass mehr militärische Unterstützung benötigt werde, da die Ukraine in eine stärkere Position für allfällige Verhandlungen gebracht werden müsse. EU-Mitgliedsstaaten wurden ersucht, die offenen Fragen zur Europäischen Friedensfazilität (EFF) und die Weiterführung der militärischen GSVP-Mission EUMAM UA zu diskutieren. Ein ambitioniertes 16. Sanktionspaket und weitere Maßnahmen gegen russische hybride Bedrohungen seien ebenfalls notwendig. Zahlreiche Mitgliedsstaaten betonten die weitere Unterstützung der Ukraine und forderten eine rasche Lösung bei der EFF. Mehrere Mitgliedsstaaten sprachen die Nutzung der immobilisierten russischen Vermögenswerte sowie das Thema Friedensbemühungen und Sanktionen an. Beim RAB wurden das 15. Sanktionspaket gegen Russland sowie die

ersten Listungen unter dem neuen Sanktionsregime zur Bekämpfung hybrider Kampagnen Russlands angenommen.

In der Diskussion zu Georgien verwies HV/VP Kallas auf die sich verschlechternde Situation in Georgien. Die georgische Bevölkerung trete für Demokratie und den EU-Beitritt ein und werde dafür brutaler und unrechtmäßiger Polizeigewalt ausgesetzt, worauf die EU reagieren müsse. Als mögliche Reaktion schlug sie auf Basis eines Optionenpapiers die Verhängung restriktiver Maßnahmen gegen Verantwortliche für Gewalt gegen friedlich Demonstrierende und die Opposition sowie die Beauftragung der EK mit der Erarbeitung eines Vorschlags für das Aussetzen der Schengen-Visafreiheit für georgische Diplomaten- und Dienstpässe vor. Kommissarin Marta Kos informierte über die Aussetzung von mehr als EUR 120 Mio. finanzieller Unterstützung für Georgien, die Prüfung laufender Projekte und die Unterstützung für Zivilgesellschaft und Medien. Ich betonte, dass auf die völlig inakzeptable Gewalt gegen friedlich Protestierende, die Opposition und Medien reagiert werden müsse, und sprach mich für gezielte Maßnahmen gegen die Verantwortlichen für Gewalt aus (einschl. Sanktionen und Visarestriktionen für Diplomaten-/Dienstpässe), dabei müssten jedoch Kommunikationskanäle zu Georgien offenbleiben. Zahlreiche Mitgliedsstaaten sprachen sich ebenso für restriktive Maßnahmen gegen verantwortliche Personen aus, mangels Konsens zu dieser Maßnahme wurde eine Einigung jedoch nur auf die Erarbeitung eines Vorschlags zur Aussetzung der Visafreiheit für georgische Diplomaten- und Dienstpässe erzielt.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten informierte HV/VP Kallas über ihre rezente Teilnahme am Treffen der Arabischen Kontaktgruppe zu Syrien in Akaba und betonte, dass die EU-Diskussionen zur konditionellen Sanktionsaufhebung beginnen sollten. HTS müsse an ihren Taten, nicht ihren Worten gemessen werden. Zum Libanon ergänzte HV/VP, dass der Waffenstillstand weitestgehend halte und nun die Wahl eines Präsidenten und die Bildung einer neuen Regierung unterstützt werden müssen. Zu Israel/Palästina seien die Abhaltung des EU-Israel-Assoziierungsrates am Rande des RAB im Februar und der erste hochrangige politische Dialog mit palästinensischen Vertretern am Rande des RAB im März vorgesehen. Kommissarin Dubravka Šuica informierte, dass der Erfolg des Reformprogramms der Palästinensischen Autonomiebehörde von der Freigabe der Steuereinnahmen und Arbeitsgenehmigungen durch Israel sowie weiterer finanzieller Unterstützung durch Drittstaaten abhängt. Ich verwies auf die Notwendigkeit eines pragmatischen und realistischen Zugangs der EU in Syrien und auf ein im Vorfeld des RAB gemeinsam mit Griechenland und Zypern zirkuliertes *Non-Paper* zu Syrien. Mitgliedsstaaten begrüßten den Fall des Assad-Regimes in Syrien, wollen HTS an den Taten messen, forderten Schutz von Minderheiten und einen inklusiven, syrisch geführten

politischen Prozess unter VN-Obhut. Mitgliedsstaaten forderten die baldige Ernennung eines EU-Sondergesandten für Syrien. Einige Mitgliedsstaaten forderten die Auflösung der russischen Basen in Syrien durch HTS als Bedingung für finanzielle Unterstützung der EU.

Unter Sonstiges stellte ich im Namen der sogenannten „Freunde des Westbalkans“ (Österreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Slowenien, Slowakei und Tschechien) einen gemeinsamen Brief an HV/VP Kallas und Kommissarin Kos vor und bat um Einladung der Außenministerinnen und Außenminister des Westbalkans zu einem informellen Austausch im Rahmen eines RAB Anfang 2025.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. Jänner 2025

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister